

10 Fazit und Perspektiven für die Zukunft

Dieses Buch stellt verschiedene Facetten des Zusammenwirkens von Migration und Arbeit in Österreich im internationalen Vergleich dar. Dabei wird deutlich, dass sich beide Themenfelder gegenseitig beeinflussen. Migrationen werden von Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt im Aufnahmeland und im Herkunftsland ebenso geprägt wie vom technologischen und gesellschaftlichen Wandel. Was den Arbeitsmarkt anbelangt, so üben günstige Arbeits- und Karrieremöglichkeiten eine Pull-Wirkung auf Zuwanderung aus, während eine hohe Arbeitslosigkeit und geringe berufliche Perspektiven zur Abwanderung motivieren (Push-Faktoren). Was den technologischen Wandel betrifft, so haben die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien die Migrations- und Suchkosten von Migrant*innen reduziert und, ergänzt um kostengünstige Transportmöglichkeiten, das Ausmaß und die Dynamik der Migrationen erhöht ([Hamel 2009](#); [Mussa 2000](#); [KNOMAD-ILO 2019](#)). Der gesellschaftliche Wandel, insbesondere Individualisierungsprozesse und die vermehrte Erwerbseinbindung von Frauen, hat zu einer Feminisierung der Migrationen geführt, die über die Familienmigration hinausgeht ([Granato 2004](#); [Thévenon 2013](#)). Beispielfhaft wird in diesem Buch in [Kapitel 6](#) auf die Pendelmigration von Frauen aus den mittel-osteuropäischen Ländern verwiesen, die die häusliche Betreuungsarbeit von älteren Menschen in Österreich unterstützen.

Migrationen haben aber auch ihrerseits einen Effekt auf Funktionsmechanismen des Arbeitsmarktes, etwa die Art und das Ausmaß der Segmentierung ([Grubanov-Boskovic/Natale 2017](#)), die zum Einsatz kommenden Produktionstechnologien, die die Arbeitsproduktivität prägen, sowie die Wettbewerbssituation zwischen verschiedenen Qualifikationsgruppen von Arbeitskräften und damit Löhne und Arbeitslosigkeit. Theoretische und empirische Untermauerungen finden sich in den Kapiteln [5](#), [7](#) und [8](#). Die österreichische Migrationsforschung weist aber auch nach, dass Migrationen nicht nur den Arbeitsmarkt beeinflussen, sondern

auch auf Kapital- und Gütermärkte ausstrahlen. Die Erhöhung des Arbeitskräfteangebots durch Migration trägt zum Wirtschaftswachstum ebenso bei wie zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben.

Was die Perspektiven der Migrationen für die Zukunft anbelangt, so werden sie sowohl von Angebotsfaktoren als auch von Nachfragefaktoren auf dem Arbeitsmarkt geprägt (vgl. [Abschnitt 10.1](#)). Allein die Alterung der Gesellschaft als Folge einer steigenden Lebenserwartung einerseits und einer geringen Fertilität andererseits lässt erwarten, dass es zu einer anhaltenden Zuwanderung kommen wird. Dies nicht nur um die Produktionsmöglichkeiten zu erhalten, sondern vor allem auch das soziale Versorgungsnetz ([Biffi 1997](#); [Mayr 2005](#); [OECD 2013](#)) und das Gleichgewicht zwischen Jung und Alt. Da Migrant*innen im Schnitt jünger sind als die österreichische Gesamtbevölkerung, tragen sie zur Verlangsamung der Alterung bei. Im Folgenden wird in [Abschnitt 10.1](#) auf zu erwartende Arbeitsmarkttrends in ihrer möglichen Wirkung auf Migrationen eingegangen. Im Gegenzug wird im [Abschnitt 10.2](#) auf den Effekt von erwartbaren Migrationsströmen auf Arbeitsmarktentwicklungen verwiesen, der Wechselwirkung von Migration und Arbeit Rechnung tragend. [Abschnitt 10.3](#) stellt Prognosen über mögliche Migrationspfade nach Europa und Österreich vor, während [Abschnitt 10.4](#) der Frage nachgeht, ob es Alternativen zu Migrationen gibt und wenn ja, welche.

10.1 Der Einfluss von Arbeitsmarkttrends auf zukünftige Migrationen

Migrationen in Österreich werden auch in Zukunft von den schon derzeit beobachtbaren Trends geprägt werden. Auf dem Arbeitsmarkt sind bestimmende Faktoren die Automatisierung und Robotisierung von weiten Teilen der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, der verstärkte Einsatz von künstlicher Intelligenz und die Digitalisierung. Gleichzeitig kommt es zu einer Umstrukturierung der Arbeit weg von stabiler Vollzeitbeschäfti-

gung hin zu mehr atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Die diversen technologischen Entwicklungen greifen ineinander und führen zu einem raschen wirtschaftlichen Strukturwandel, der die berufliche, branchenspezifische und qualifikatorische Nachfrage nach Arbeitskräften verändert. Das Zusammenwirken dieser Prozesse bewirkt eine Polarisierung der Arbeitsplätze, die in Zukunft noch stärker ausgeprägt sein dürfte. Sowohl die Arbeitsplätze am unteren als auch die am oberen Ende des Qualifikationsspektrums gewinnen an Bedeutung ([Salvatori/Manfredi 2019](#)). Menschen mit mittlerem Qualifikationsgrad, die derzeit zur Mittelschicht zählen, laufen Gefahr, in die untere Einkommensklasse abzurutschen, und hoch qualifizierte Arbeitskräfte können oft nicht mehr, wie in der Vergangenheit, in die oberste Einkommensgruppe aufsteigen. In der Folge kommt es zu einer Ausdünnung der Mittelschicht, obwohl die zunehmende Bedeutung von Doppelverdiener-Haushalten einen Beitrag zum Erhalt der Mittelschicht leistet.

Gleichzeitig beginnt ein neues Phänomen Gestalt anzunehmen: digitale Arbeitsmärkte. Sie entwickeln sich im Umfeld von internetbasierten kollaborativen Plattformen und schaffen einen offenen Marktplatz für professionelle Dienstleistungsanbieter*innen und Privatpersonen ([Kässi/Lehdonvirta 2018](#); [Kässi et al. 2019](#)). Sie ermöglichen die Bereitstellung einer Dienstleistung, die über die elektronische Plattform von einem beliebigen Ort aus bestellt und an einem anderen beliebigen Ort erbracht werden kann (Beispiele sind Amazon Mechanical Turk, Freelancermapp, Foodora, Lieferando, Uber, companisto, clickworker etc.). Online-Plattformen vermitteln Jobs und erbringen die dazugehörige administrative Unterstützung ([Pesole et al. 2018](#)). Bei diesem Geschäftsmodell handelt es sich um eine spezifische Form der (Schein-)Selbstständigkeit, die sich jeglicher Kontrolle der Arbeitsbeziehungen entzieht. Aus einer Migrationsperspektive bedeutet das, dass physische, grenzüberschreitende Migration durch virtuelle ersetzt werden kann. Dabei sind die Plattformarbeiter*innen eine besonders vulnerable Gruppe von Arbeitskräften ohne sozialversicherungsrechtlichen Arbeitnehmerschutz. Daher erarbeitete die

EU einen Rechtsrahmen für Plattformarbeiter*innen¹⁰⁰ aus, der die Einhaltung von Mindestanforderungen an Arbeitsbedingungen sicherstellen soll.

Die veränderten Arbeitsmarktbedingungen beschleunigen das Beschäftigungswachstum des Dienstleistungssektors und die Schrumpfung im industriell-gewerblichen Bereich ([Smit et al. 2020](#)). Damit verbunden ist ein Wachstum der Beschäftigung im obersten Qualifikationssegment, insbesondere von Fachkräften im Informations-Kommunikations-Technologie-Bereich sowie von Forscher*innen. Es werden aber auch im Gefolge der Alterung der Bevölkerung vermehrt Arbeitsplätze im arbeitsintensiven Dienstleistungsbereich geschaffen, insbesondere im Gesundheits-, Sozial- und Pflegebereich, in dem technologieunterstützte Produktivitätssteigerungen oft an ihre Grenzen stoßen.

Das Zusammenführen von Angebot und Nachfrage wird allerdings immer schwieriger, da die Komplexität der Berufsanforderungen rasch zunimmt. Nicht zuletzt der Einsatz von künstlicher Intelligenz und digitalen Technologien machen eine rasche Anpassung der Berufsbilder an die Bedürfnisse einer digitalisierten Wirtschaft erforderlich. Da das Schulsystem nicht schnell genug auf diese geänderten Anforderungen reagieren kann, werden von Betrieben vermehrt arbeitsplatzspezifische Weiterbildungen angeboten. Jedoch ist auch an eine vermehrte außerbetriebliche Aus- und Weiterbildungsstruktur zu denken, will man ein verstärktes Auseinanderdriften der Arbeitsmarktchancen nach Alter, Geschlecht, Herkunft und vor allem Bildung verhindern. Denn schon jetzt zeigt sich, dass der Bedarf an Arbeitskräften mit einfachen und mittleren Qualifikationen schrumpft. Im Gegenzug steigt die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften mit sehr spezifischen Kompetenzen, insbesondere auch von Migrant*innen ([Nedelkoska/Quintini 2018](#)).

¹⁰⁰ Richtlinie (EU) 2019/1152 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union, [Abl L 2019/186, 105](#).

10.2 Migrationen und ihr Einfluss auf die Arbeit in Europa

Migrationen ihrerseits haben aber auch die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt beeinflusst. Sie wirkten sich einerseits auf die demografische Zusammensetzung der Arbeitskräfte, andererseits auf die regionale Konzentration der Bevölkerung in Städten aus. Diese ist oft eine Folge der Spezialisierung von Städten und Regionen auf bestimmte Wirtschaftsprozesse. Sassen ([2005](#)) hat gezeigt, wie Städte in ein globales Netzwerk von Informations- und Wirtschaftsaktivitäten eingebunden sind. Sie sind ein Vehikel für Globalisierungsprozesse, indem sie auf die eine oder andere Komponente der internationalen Vernetzung spezialisiert sind; sie fungieren als Drehscheiben für Finanzmärkte, Medien, sowie global agierende unternehmensbezogene Dienstleister*innen (Wirtschaftsprüfer*innen, Anwaltskanzleien, Planungsfirmen und dergleichen mehr). Die regionalisierten Spezialisierungsprozesse gehen mit der Migration von hoch qualifizierten Arbeitskräften Hand in Hand ([Czaika 2018](#)). Hoch qualifizierte Migrant*innen werden daher eine wichtige Zielgruppe der Migrationspolitik in hoch entwickelten Industrieländern und zunehmend auch in aufstrebenden Entwicklungsländern ([Kilic/Biffl 2021](#)). Jedoch stoßen nationale Migrationspolitiken an ihre Grenzen in einer Welt, in der multinationale Konzerne die wesentlichen Akteure der internationalen Vernetzung sind. Weder können Länder den Zustrom und die Niederlassung von hoch qualifizierten Migrant*innen immer plangemäß umsetzen, noch können sie den Zustrom von Menschen mit einfachen Qualifikationen aufhalten, der meist eine Folge von Familien- und Fluchtmigration ist, wie das Beispiel Österreich zeigt.

Einen besonderen Einfluss auf die europäischen Arbeitsmärkte hat die Binnenwanderung in der EU. Mit dem Wegfall der Grenzen wandern Arbeitskräfte dorthin, wo ihre Qualifikationen am besten eingesetzt werden, d.h., wo Löhne, Arbeitsbedingungen und Karrierechancen besser sind. Daher kam es nach der EU-Osterweiterung zu einer markanten Ost-West-Wanderung, die in [Kapitel 5](#) ausführlich behandelt wurde. Empirischen Befunden in Österreich zufolge dürfte die EU-Binnenmigration allerdings meist

nicht auf dauerhafte Niederlassung ausgerichtet sein ([Forstner et al. 2019](#)). Eine spezifische Facette betrifft die grenzüberschreitende Arbeit im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit innerhalb der EU über die Entsendung und Überlassung von Arbeitskräften. Sie ist an der Schnittstelle von zwei unterschiedlichen Regelsystemen für den Handel und den Arbeitsmarkt angesiedelt. Darauf sind wir im [Kapitel 9](#) genauer eingegangen. Mit der Einführung von Antidumping-Gesetzen sollte die Gleichbehandlung von entsendeten und überlassenen Arbeitskräften mit den unselbstständig Beschäftigten des Landes, in dem die Dienstleistung erbracht wird, sichergestellt werden. Auch neue Formen der Selbstständigkeit etablierten sich im Gefolge der Ostöffnung der EU und der damit verbundenen Dienstleistungsfreiheit. Beispielhaft wurde in [Kapitel 6](#) die spezifische Form der 24-Stunden-Betreuung in Österreich besprochen: Frauen aus ärmeren Regionen im „Osten“ der EU, die im „Westen“ putzen, die Kinderbetreuung übernehmen und alte Menschen pflegen. Sie füllen eine Nachfragerücke, die sich aus der vermehrten Erwerbsbeteiligung der Frauen in den westlichen EU-Ländern ergibt und die auch eine Folge der teilweisen Verlagerung von vormals im Haushalt erbrachter unbezahlter Reproduktionsarbeit ist. Sie wurde zum einen auf den öffentlichen Sektor über die Ausweitung der sozialen Infrastruktur verlagert – was auch eine Professionalisierung dieser Tätigkeiten ([Biffl 2011a](#)) erlaubt –, zum anderen verblieb diese Arbeit in Haushalten, wo sie häufig von Migrantinnen legal oder in Form von Schwarzarbeit geleistet wird.

10.3 Perspektiven für Migrationen in der EU, nach Europa und nach Österreich

Was die Perspektiven für die Arbeitsmobilität innerhalb der EU anbelangt, so ist zu erwarten, dass diese nur so lange dynamisch bleiben wird, solange die Länder am Rande der EU nicht den Lebensstandard der Kernregionen der EU erreicht haben. Diesbezügliche Erfahrungen konnte man mit der Arbeitsmigration von Finnland nach Schweden in den 1960er- und 1970er-Jahren

machen. Damals setzte der Strukturwandel Finnlands von einem Forst- und Agrarland zu einer Wissensgesellschaft ein, der viele, meist gering qualifizierte, Forst- und Landarbeiter freisetzte. Ihre Arbeitslosigkeit war der Auslöser für die Abwanderung nach Schweden ([Nyberg 2007](#); [Kern 1979](#)). Schweden hatte gleichzeitig in dieser Phase massiven Arbeitskräftebedarf im Gefolge des Ausbaus der industriell-gewerblichen Produktion. Finnische Arbeitskräfte waren daher willkommen und konnten wegen der Freizügigkeit innerhalb des nordischen Arbeitsmarktes (seit 1954) ohne bürokratischen Aufwand eine Arbeit aufnehmen. Mit der erfolgreichen wirtschaftlichen Umstrukturierung Finnlands in Richtung Wissensgesellschaft verbesserten sich die Lebensbedingungen in Finnland, was der Netto-Abwanderung in den 1980er-Jahren ein Ende setzte ([Saarela/Finnäs 2009](#)). Ähnliche Erfahrungen machten die Vereinigten Staaten von Amerika, die mit der Konvergenz der Einkommen und Lebenshaltungskosten zwischen den Bundesstaaten seit den 1980er-Jahren einen markanten Rückgang der Binnenmigration und einen Strukturwandel weg von der Zuwanderung in Großstädte zur zunehmenden Aufwertung mittelgroßer Städte zu verzeichnen haben ([Frey 2009](#); [Fry/Cohn 2021](#)). Die Coronapandemie hat diesen Trend noch verstärkt.

Aber nicht nur eine zu erwartende Konvergenz der Einkommen und des Lebensstandards zwischen den mittel-ost- und südeuropäischen Ländern der EU und den westlichen EU-Mitgliedsstaaten (EU-MS) dürfte in Zukunft eine dämpfende Wirkung auf die Binnenmigration ausüben, sondern auch die rasch alternden und schrumpfenden Bevölkerungen in ost- und südeuropäischen EU-Ländern. Davon könnte eine Verlangsamung der Binnenwanderung ausgehen, denn es sind vor allem junge Menschen, die sich den Strapazen einer Arbeitsmigration aussetzen, weil sich für sie anderswo bessere Lebensperspektiven eröffnen.

Aber die EU setzt auch auf die Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen. Das Konzept der temporären oder zirkulären Migration findet hier ebenso Anwendung wie in der innereuropäischen Mobilität der Arbeitskräfte. Dabei ist man bestrebt, die Migrationsagenda in die Außenbeziehungen einfließen zu lassen. Das geht

aus der Kommunikation der Europäischen Kommission hervor, die in der Einleitung festhält:

Unter Beachtung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich ist zu prüfen, wie sich legale Migrationsmöglichkeiten in die Politik der Union im Bereich der Außenbeziehungen eingliedern lassen, um hier zu einer ausgewogenen Partnerschaft mit Drittländern zu gelangen, die auf bestimmte Arbeitsmarktbedürfnisse von EU-Mitgliedstaaten abgestimmt ist; es wird nach Mitteln und Wegen gesucht, wie die zirkuläre und temporäre Migration erleichtert werden kann.¹⁰¹

Temporäre Migration soll vor allem der flexiblen und kurzfristigen Beseitigung eines Arbeitskräftedefizits in der EU dienen. Längerfristigen Arbeitskräfteknappheiten will man prioritär mit verstärkter Aus- und Weiterbildung, einer Verlängerung der Erwerbslebensphase und einer Anhebung der Erwerbsintegration von Frauen und ansässigen Migrant*innen begegnen. Zusätzlich strebt man aber auch die verstärkte Zuwanderung und Niederlassung von hoch qualifizierten Drittstaatsangehörigen an.

Die auf Niederlassung ausgerichtete Zuwanderung wird in Europa sehr unterschiedlich gehandhabt. Sie ist meist befristet, obschon die Bezeichnung „auf Niederlassung ausgerichtete Zuwanderung“ anderes vermuten lässt. In vielen Ländern kann nach einem 5-jährigen legalen Aufenthalt ein unbefristeter Aufenthaltstitel erlangt werden, der dann wieder auf einige Jahre, etwa 10 Jahre in Frankreich, befristet ist. In Österreich erhalten Drittstaatsangehörige bei der erstmaligen Erteilung eines auf Niederlassung ausgerichteten Aufenthaltstitels meist einen auf ein bis zwei Jahre befristeten Aufenthalt. Dieser befristete Titel kann verlängert werden. Erst nach fünf Jahren rechtmäßigem, ununterbrochenem tatsächlichem Aufenthalt in Österreich und nachgewiesenem Integrationserfolg kann der Aufenthaltstitel „Daueraufenthalt – EU“

¹⁰¹ Zirkuläre Migration und Mobilitätspartnerschaften zwischen der Europäischen Union und Drittstaaten, [KOM \(2007\) 0248 endg.](#)

erteilt werden. Dieser Aufenthaltstitel berechtigt zur unbefristeten Niederlassung mit unbeschränktem Arbeitsmarktzugang sowie zur Übersiedlung in andere Staaten der EU/EFTA/CH. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit der Einbürgerung. Auch hier gibt es große Unterschiede im Staatsangehörigkeitsrecht zwischen den EU-Staaten ([Valchars/Bauböck 2021](#)). Österreich zählt zu den Ländern mit einem besonders restriktiven Staatsbürgerschaftsrecht, ergänzt um ein stark reglementiertes Zuwanderungs- und Aufenthaltsrecht für Drittstaatsangehörige, wie im [Kapitel 4](#) ausgeführt wurde.

Die Perspektiven für Migrationen in Österreich hängen in hohem Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes in Österreich sowie in den Sendeländern ab. Daher ist es sinnvoll, für Österreich auf Basis von internen und externen Faktoren eine Vision für eine nachhaltige Migrationspolitik zu entwerfen ([Biffi 2016](#); [Biffi/Berger et al. 2016](#)). Wesentliche Faktoren sind die Alterung der Bevölkerung ([OECD 2005/2015b](#)) und die Durchdringung des alltäglichen Lebens und der Arbeit mit modernen Technologien, die insbesondere für die ältere Bevölkerung neu sind. Die sich rasch entwickelnde digitale Wirtschaft verschärft nicht nur die Qualifikationslücke zwischen Jung und Alt, sondern stellt Menschen und Betriebe generell vor die Herausforderung der Anpassung der Kompetenzen an sich rasch ändernde Anforderungen. Die Coronapandemie hat die Digitalisierung und Automatisierung von Produktionsabläufen und Arbeitsprozessen noch beschleunigt. Bestimmte Berufe wie Informatiker*innen, Datenanalyst*innen, Softwareentwickler*innen, Energieanlagenbauer*innen oder medizinisch-technische Berufe, aber auch Pflegeberufe gewinnen an Bedeutung ([Tisch/Meyer 2020](#)), während andere relativ rasch obsolet werden, wie Büroarbeits- und Schreibkräfte, Uhrmacher*innen, Telefonist*innen und ähnliche Berufe, die der Rationalisierung und Automatisierung zum Opfer fallen.

Wachstumsbereiche sind in Österreich ebenso wie anderswo in Europa nicht nur in der Informations- und Kommunikationstechnologie zu finden, sondern auch im Gesundheitswesen, der Pflege und Betreuung, nicht zuletzt als Folge der Alterung der Gesellschaft ([Biffi 2021](#)). Daraus ist abzuleiten, dass eine anhaltende

Nachfrage nach Migrant*innen zu erwarten ist. Aber auch die den Migrationen inhärente Dynamik und Pfadabhängigkeit ([Haug 2000](#)) lassen eine anhaltende Zuwanderung erwarten. Das wird auch in der jüngsten Bevölkerungsprognose der Statistik Austria (Hauptvariante) angenommen, die davon ausgeht, dass die Bevölkerung von derzeit knapp 9 Millionen bis zum Jahr 2030 auf 9,3 Millionen anwachsen könnte. Mehr als zwei Drittel dieser Steigerung werde eine Folge der Zuwanderung sein ([Statistik Austria o. J. a. b.](#)).

Migrationsprognosen sind allerdings besonders unsicher, da bewaffnete Konflikte ebenso wenig vorhersehbar sind wie Umweltkatastrophen, aber potenziell einen starken Einfluss auf Migrationsströme haben – wie im Jahr 2022 der Krieg in der Ukraine eindrücklich zeigt. Massenzuwanderungen von Fluchtmigrant*innen stellen einen „Angebotsschock“ für den Arbeitsmarkt dar, der kurzfristig die Arbeitslosigkeit in die Höhe treibt und die Löhne drückt. Längerfristig kann eine starke Zuwanderung der Wirtschaft allerdings Impulse geben. Voraussetzung dafür ist, dass Maßnahmen zur Förderung der Integration gesetzt werden, Ausgaben für Aus- und Weiterbildung getätigt werden und mitgebrachte Qualifikationen nicht nur anerkannt, sondern geschätzt werden. Diese Vorgangsweise stellt eine Investition in die Zukunft der Zugewanderten ebenso wie die der Aufnahmegesellschaft dar. Positive Beispiele in diese Richtung sind der Umgang mit den Kuba-Flüchtlingen in Florida ([Card 1990](#)) und die Integration der postsowjetischen Flüchtlingszuwanderung in Israel ([Clemens/Hunt 2017](#)), die in [Kapitel 1](#) dieses Buches näher beschrieben wurden. Im [Abschnitt 4.5](#) wurde auf den Umgang Österreichs mit der starken Fluchtzuwanderung der Jahre 2015/16 eingegangen. Eine ursprünglich als „krisenhaft“ apostrophierte Fluchtzuwanderung konnte infolge von Investitionen in die Zugewanderten erfolgreich gemeistert werden, ohne einen Wirtschaftseinbruch, Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt oder eine Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der öffentlichen Sicherheit. Auch die Zuwanderung einer großen Zahl von Ukrainer*innen im Jahr 2022 kann zu einem positiven Ergebnis führen, insbesondere wenn eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Ukraine eine zirkuläre Migration auslöst, die zu einer

laufenden gegenseitigen gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Befruchtung beitragen kann.

Die Klimakrise dürfte, den Ergebnissen der meisten Studien zufolge, eher die ärmeren Sendeländer des globalen Südens stärker betreffen als jene des globalen Nordens. Dies wird auch zu einer stärkeren Häufigkeit von lokalen Klimakatastrophen und einer entsprechend höheren Emigrationsneigung in ärmeren Ländern führen, die in ihrer Höhe nur schwer abzuschätzen ist ([Migali/Natale 2021](#)). Daher werden statt Prognosen meist Szenarien berechnet, um die Implikationen verschiedener politischer, wirtschaftlicher und anderer Faktoren, die auf Migrationen wirken, besser ab- und einschätzen zu können. Damit soll der Aufbau von nachhaltigen strukturellen Rahmenbedingungen erleichtert und so verhindert werden, dass man stets nur Ad-hoc-Krisenmanagement betreiben muss. Es braucht also langfristige Perspektiven für das Migrationsmanagement. Die OECD in Zusammenarbeit mit der EU, Frontex (European Border and Coast Guard Agency), EUAA (European Agency for Asylum), IOM (International Organization for Migration) und Forschungseinrichtungen treiben alle die Entwicklung von Migrationsszenarien voran ([Büttner/Münz 2016/2020](#); [Biffi/Berger et al. 2016](#); [Szczepanikova/Van Criekinge 2018](#); [Acostamadiedo et al. 2020](#)).

Ein Überblick über die jüngsten Szenarien und Prognosen zur Migration von Drittstaatsangehörigen nach Europa zeigt, dass der Prognosehorizont meist das Jahr 2030 ist, oft unter Bezug auf die 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen ([Sohst et al. 2020](#)). Wichtig ist, dass politischen Entscheidungsträgern verdeutlicht wird, welche Auslöser für Migrationen es gibt und welcher Grad der Ungewissheit mit dem Eintreffen der einen oder anderen Annahme verbunden ist. Dabei ist klar, dass Migrationen nach Europa nicht nur von den hiesigen Rahmenbedingungen abhängen, sondern auch von der Situation in anderen Teilen der Welt.

Szczepanikova/Van Criekinge ([2018](#)) haben mit der Unterstützung von Vertreter*innen unterschiedlicher Organisationen und Forschungseinrichtungen vier mögliche vorausschauende Szenarien entworfen, die den Effekt von unterschiedlichen Trends auf

Migrationen nach Europa bis 2030 ausloten. Dabei ist zu bedenken, dass in diesen Prognosen vor allem Migrationen mit einer längeren Aufenthaltsperspektive erfasst werden, nicht aber Saisonnier**e*, Studierende, Grenzgänger*innen und verschiedene Formen der zirkulären Migration, auf die wir in [Kapitel 4](#) genauer eingegangen sind. Diese Personengruppen stellen keine unbedeutende Größenordnung des mobilen Arbeitskräftepotenzials dar; sie sind unter den derzeitigen Rahmenbedingungen oft für den Fortbestand gewisser Bereiche wie den Tourismus, die Land- und Forstwirtschaft sowie die Pflege und Betreuung entscheidend.

Die Szenarien stützen sich vor allem auf längerfristig relativ stabile Daten und Formen der Migration, die auf Niederlassung ausgerichtet sind, und das sind im Wesentlichen Arbeits- und Familienmigration. Sie machen im Schnitt der EU etwas mehr als zwei Drittel der regulierten Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen aus, in Österreich im Jahr 2020 knapp 60 Prozent. Im Gegensatz dazu ist die irreguläre Migration schwer abzuschätzen; sie erreichte in Österreich infolge des Bürgerkriegs in Syrien und der anhaltenden Problemlage in Afghanistan in den Jahren 2015/16 als Konsequenz der spezifischen Form des Asylsystems und der Asylverfahren Spitzenwerte; in [Abschnitt 4.3](#) wird der Mechanismus, wie es zu irregulärer Migration kommt, beschrieben. In der gesamten Periode 2010 bis 2020 lag der Anteil der Asylwerber*innen an der ausländischen Zuwanderung nach Österreich gemäß Wanderungsstatistik bei 17,3 Prozent. Im längerfristigen Schnitt liegt der Anteil meist unter 10 Prozent.

Die vier Szenarien zu den Perspektiven von Migrationen nach Europa, die von Sohst et al. ([2020](#)) auf Basis von diesbezüglichen Studien und Analysen zusammengestellt wurden, verdeutlichen, dass es nicht allein die Migrations- und Integrationspolitik eines Landes oder einer Region wie der EU ist, die die Zuwanderung aus Drittstaaten steuert. Laut de Haas ([2018](#)) sind folgende Faktoren für Migrationsentscheidungen wesentlich: der Entwicklungsgrad eines Landes, die Struktur der Arbeitskräftenachfrage, das Ausmaß der Einkommensungleichheit, demografische Strukturen und die Bevölkerungsgröße, Handelsbeziehungen, Wohlfahrt und soziale

Sicherheit, Bildung, technologischer Wandel und öffentliche Infrastruktur, politische Freiheiten sowie das Ausmaß von Konflikten und Gewalt. So gesehen hängt die Zuwanderung von hoch qualifizierten Migrant*innen, um die es einen internationalen Wettbewerb gibt, nur am Rande von der Migrationspolitik ab, sondern vielmehr von den Karrieremöglichkeiten im prospektiven Aufnahmeland, den Jobchancen für die Partner*innen, den Bildungsmöglichkeiten für etwaige Kinder, der Gesundheitsversorgung sowie generell der Lebensqualität für Migrant*innen.

Allgemein gilt, dass das Migrationspotenzial vom Anteil der Jugendlichen in der Bevölkerung abhängt. Das bedeutet, dass das Abwanderungspotenzial aus China, Vietnam und Thailand abnimmt, dass es allerdings in Indien anhaltend hoch bleibt. Letzteres gilt auch für die meisten Länder in Afrika. Allerdings trägt die zunehmende regionale Differenzierung der Bevölkerung in den europäischen Einwanderungsländern in ethnisch-kulturell diversifizierte Städte einerseits und relativ homogene ländliche Räume andererseits zu innerstaatlichen Konflikten und politischen Spaltungen bei, was am Beispiel des Brexits veranschaulicht werden kann. Politische Gegenreaktionen gegen sozialen Wandel durch Migration können zu einer staatlich gesteuerten Eindämmung der Zuwanderung führen.

Und dann spielt noch die Frage eine Rolle, in welchem Ausmaß und in welchen Bereichen Migration durch den Einsatz von Robotern, die mit künstlicher Intelligenz ausgestattet sind, die Auslagerung von industrieller und Dienstleistungsarbeit ins Ausland oder eine Ausweitung des Handels in Verbindung mit Auslandsinvestitionen in Infrastruktur und Know-how substituiert werden kann. Auch ist nicht sicher, inwieweit man die Arbeitsressourcen im Inland aktivieren kann, etwa über bestimmte Kombilohn- und Arbeitszeitmodelle, die es auch älteren und behinderten Menschen erlauben, einen zum Teil zeitlich beschränkten und technisch unterstützten Beitrag zu leisten.

Angesichts dieser Vielzahl von Unsicherheiten und dem großen politischen Aktionsrahmen, der von der Bildungs- über die Arbeits- und Sozialpolitik bis zur Handels- und Investitionspolitik

reicht, können Migrationsszenarien Anhaltspunkte für mögliche Kombinationen von Politiken liefern. In [Abbildung 15](#) werden die vier Szenarien von Acostamadiedo et al. (2020, 13) um zwei Achsen gebildet, die für Migrationen sehr wichtig sind, aber mit hoher Ungewissheit behaftet sind: Auf der horizontalen Achse werden die internationalen Kooperationen in Politikbereichen, die Migrationen stark beeinflussen, sowie die relative Offenheit bezüglich des Zugangs unterprivilegierter Personengruppen zu Wirtschaftsaktivitäten und dem sozialen Versorgungssystem (multilaterale und inklusive Politik) dargestellt. Dabei wird angenommen, dass eine offene und liberale Politik nach außen mit einer ebensolchen nach innen Hand in Hand geht. Auf der vertikalen Achse wird das Ausmaß der wirtschaftlichen Konvergenz bzw. Divergenz zwischen EU-Ländern und Drittstaaten abgebildet.

Abbildung 15: Szenarien zu den Rahmenbedingungen für Migration nach Europa



Quelle: [Acostamadiedo et al. 2020, 13 \(eigene Übersetzung\)](#).

In Szenario 1 wird davon ausgegangen, dass der Protektionismus zunimmt und internationale Kontakte meist unilateral bleiben. Gleichzeitig wird angenommen, dass es zu einer wirtschaftlichen Konvergenz zwischen dem EWR einerseits und Asien, Afrika und Südamerika andererseits kommt. Diese Entwicklung allein genügt allerdings nicht für ein Ende des Abwanderungspotenzials nach

Europa; das ist erst dann zu erwarten, wenn die Einkommens- und Vermögensungleichgewichte in diesen Ländern abgebaut werden und die Zugangschancen zu Arbeit, Bildung und sozialer Versorgung für alle gewährleistet sind. Allerdings gäbe es in einem solchen protektionistischen Szenario auch starke staatliche Bemühungen der Kontrolle und Einschränkung der Zuwanderung.

Im zweiten Szenario wird von einer engen wirtschaftlichen Vernetzung und globalem Wirtschaftswachstum ausgegangen, in Kombination mit einer internationalen wirtschaftlichen Konvergenz. Migrationen nach Europa sind in diesem Szenario ausgeprägter als im ersten und damit wird die ethnisch-kulturelle Diversität der Bevölkerungen Europas höher. In diesem Szenario sind Staaten strukturell offener für Zuwanderung. Damit wird die vermehrte Migration mit größerer Wahrscheinlichkeit regulär sein. Das dritte Szenario ist von wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen dem EWR und Sendeländern von Migrant*innen geprägt. Das kann soziale Unruhen auslösen, die in eine vermehrte unregelmäßige Migration nach Europa münden können. Im Szenario 4 schaffen Wirtschaftskrisen in Afrika, Asien und Südamerika Unruheherde, die allerdings durch eine gute internationale Zusammenarbeit und Koordination von Politiken stabilisiert werden können. Das ist die Voraussetzung dafür, dass sich aus den Unruhen keine massiven Migrationsströme ergeben. Diese Szenarien sind eine synthetische Verdichtung von einschlägigen Analysen in der Literatur dazu (vgl. insbesondere [Szczepanikova/Van Criekinge 2018](#); [Acostamadiedo et al. 2020](#)).

In allen Szenarien wird davon ausgegangen, dass ein etablierter Dialog und eine gute bilaterale oder multilaterale Kooperation in Sachen Migration starke Migrationsschwankungen verhindern können, auch in Krisensituationen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Sende- und Aufnahmeländern und Investitionen im Austausch für Migrationen tragen zu wirtschaftlicher Konvergenz und damit einer Verringerung der internationalen Ungleichgewichte bei. Langfristig reduziert sich damit auch das Migrationspotenzial. Kurz- und mittelfristig kann allerdings Konvergenz durch wirtschaftliche Entwicklung in den ärmeren Staaten das Abwanderungspotenzial

dieser Länder erhöhen, weil mehr Menschen über die notwendigen materiellen und kognitiven Ressourcen für Abwanderung verfügen und selbst schon Binnenmigrationserfahrung haben. Diese Hypothese des sogenannten *migration-development hump* hätte je nach Szenario unterschiedliche Konsequenzen für die reguläre bzw. irreguläre Migration in Europa ([Angenendt/Martin-Shields/Schraven 2017](#)). Auch kann kurz- bis mittelfristig die zunehmende Diversität der Bevölkerung infolge einer starken Zuwanderung die soziale Kohäsion des Aufnahmelandes beeinträchtigen. Darüber hinaus kann ein wirtschaftlicher Aufholprozess, der nicht mit einer Verringerung der Einkommensungleichgewichte im aufholenden Land Hand in Hand geht, zu sozialen Unruhen führen, die Migrationen auslösen. Ebenso kann eine fragmentierte und international unkoordinierte Wirtschafts- und Migrationspolitik dazu beitragen, dass die internationalen Ungleichgewichte zunehmen, die wiederum Migrationen in reichere Länder mit inklusiven Wohlfahrtsmodellen zur Folge haben können. Aus der Sicht von Acostamadiedo et al. ([2020](#)) ist das Szenario 1 für Europa das wahrscheinlichste.

10.4 Gibt es Alternativen zu Migration?

Die Coronapandemie und die damit verbundenen Grenzschließungen haben verdeutlicht, wie stark Österreich in einigen Bereichen von Migrant*innen abhängig ist. Hierzu zählen nicht nur der Sozial- und Pflegebereich, sondern auch die Land- und Forstwirtschaft, Schlachthöfe, Reinigungsdienste etc. Diese Situation wirft die Frage auf, ob es nicht Alternativen zur Migration in diesen Bereichen gibt. Die Forschungsliteratur ebenso wie bestimmte Praxisbeispiele liefern Anhaltspunkte für technologische Alternativen. So können etwa humanoide Roboter die menschliche Arbeitskraft ersetzen oder zumindest unterstützen. Das gilt vor allem in Pflege und Betreuung. Erste Erfahrungen gibt es aus Japan, einem Land mit einem besonders hohen Anteil an älteren Menschen und einer restriktiven Migrationspolitik. Japan hat in die Robotertechnologie in Kombination mit künstlicher Intelligenz stark investiert, was das Land an die internationale Spitze in dieser Branche geführt hat. In

Japan kommen bereits heute vermehrt Roboter in Alten- und Pflegeheimen zum Einsatz: Geh- und Aufsteh-Assistenzen, Gehhilfen, die Senior*innen zu mehr Bewegung verhelfen. Roboter werden auch mit künstlicher Intelligenz ausgestattet, die sie in die Lage versetzen, Stimmen zu erkennen und mit Menschen zu kommunizieren. Damit können sie auch zur Unterhaltung der Senior*innen eingesetzt werden ([xPlicitNao 2018](#)). Auch in Österreich wird der Einsatz derartiger Roboter ausprobiert, jedoch ist angesichts der derzeit noch sehr hohen Kosten kurz- bis mittelfristig kaum mit einem Ersatz der – meist migrantischen – Arbeitskräfte zu rechnen. Allerdings dürften auch in Österreich gewisse Roboter verstärkt zur Unterstützung in Pflege und Betreuung eingesetzt werden. Es ist daher zu erwarten, dass Fortschritte in der künstlichen Intelligenz und im Maschinenlernen den Ausbau und Einsatz der Robotertechnologie im Gesundheits- und Pflegebereich ebenso wie im Transportwesen (selbstfahrende Autos), in der Logistik, dem Handel und auch im Tourismus vorantreiben werden ([Chong 2019](#)).

Im Gegensatz dazu dürfte der Einsatz von Robotern in bestimmten Bereichen, in denen gering qualifizierte migrantische Arbeitskräfte häufig anzutreffen sind, etwa in der häuslichen Betreuung und den Reinigungsdiensten, noch auf sich warten lassen. In der Landwirtschaft gibt es hingegen zunehmend Bestrebungen, in die Produktion bestimmter Produkte im Ausland zu investieren, analog zur Etablierung von auf Export ausgerichteten Exklaven der Industrieproduktion, sogenannten Exportproduktionszentren. Philip Martin ([2020](#)) beschreibt diese Entwicklung anhand der Verlagerung der Produktion von bestimmten Früchten und Gemüsearten, die für den Export in die USA bestimmt sind, von Kalifornien nach Mexiko. Dabei macht er klar, dass die Arbeitskräfte im Ausland vor Ausbeutung zu schützen sind. Wichtige Instrumente sind in diesem Zusammenhang Fair-Trade-Initiativen und Programme, die die Qualität der Lebensmittel (*Safer Food Initiative*) sicherstellen, und damit gleichzeitig auch jene der Arbeitsbedingungen.

Unabhängig von diesen technologischen Möglichkeiten werden sich allerdings die globalen Disparitäten in den Lebensbedingungen zwischen den ärmeren und reicheren Ländern als

Hauptursache der Migration selbst in Szenarien der wirtschaftlichen Konvergenz mittelfristig nicht ausreichend verringern, um die Migrationsanreize gänzlich zum Erliegen zu bringen. Auch militärische Konflikte werden in Hinkunft immer wieder auftreten. Zudem wird die Zahl der Naturkatastrophen nach den Erkenntnissen der Klimaforscher*innen in den nächsten Jahrzehnten insbesondere in den ärmeren Ländern dieser Erde zunehmen. Aus einer Klimaperspektive wäre auch ein „Horrorszenario“ in einer um 3 bis 4 Grad heißeren Welt möglich, in der breite Zonen vom Äquator bis zu den bisher temperierten Zonen für Menschen unbewohnbar werden. Das hätte eine Massenmigration in die nördlichen und südlichen Zonen des Globus zur Folge, die historisch ohne Beispiel ist und das bisherige Staatensystem mit seinen inhärenten Migrationskontrollen aushebeln könnte.

Wenn man nicht von einem derartig apokalyptischen Szenario ausgeht, wird es in Zukunft immer wieder zu verstärkten Migrationsbewegungen kommen, die, sofern sie durch Naturkatastrophen oder kriegерische Auseinandersetzungen verursacht werden, noch stärker wellenförmig verlaufen werden als bisher. Fragen der Steuerung der Migration sowie der Unterstützung der Zugewanderten bei ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration werden daher auch in Zukunft ein zentraler Aspekt der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatte in Einwanderungsländern wie Österreich darstellen.